

II-3521 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XVI. Gesetzgebungsperiode

Nr. 1752 /J  
1985 -11- 28

A N F R A G E

der Abgeordneten Dr. Jankowitsch, *Dobesberger*  
und Genossen  
an den Bundesminister für Unterricht und Kunst  
betreffend südafrikanische Informationskampagne in Österreich

Seit geraumer Zeit haben es sich in Österreich errichtete Dienststellen Südafrikas zur Gewohnheit gemacht unter Heranziehung der verschiedensten Techniken der Public Relations eine umfassende Propagandakampagne zu entwickeln, wobei insbesondere versucht wird, die mit dem System der Apartheid einhergehenden schweren Verletzungen der Menschenrechte und Grundfreiheiten zu verschleiern bzw. zu verharmlosen.

Insbesondere ist diese Propagandakampagne auch an das Lehrpersonal - damit aber auch offenbar an die Schüler - der Allgemeinbildenden Höheren Schulen in Österreich gerichtet, wobei diese Propagandatätigkeit offenbar ohne Befassung des Bundesministeriums für Unterricht und Kunst oder der Landesschulräte erfolgt.

Eine Fortsetzung dieser Propagandatätigkeit muß gerade in einem Zeitpunkt als besonders unpassend und provokativ angesehen werden, in dem die Verurteilung des südafrikanischen Systems der Rassendiskriminierung durch die Weltöffentlichkeit immer entschiedener Formen annimmt und zuletzt auch von Sanktionen durch die wichtigsten westlichen Industriestaaten begleitet wird. Wenngleich es südafrikanischen Dienststellen und Anhängern des südafrikanischen Systems in Österreich - wie erst unlängst eine gemeinsam mit der Konrad-Adenauer-Stiftung in Wien durchgeführte Veranstaltung des ÖVP-nahen Akademikerbundes gezeigt hat - immer wieder, Propagandatribünen für die Verteidigung ihrer Ideen zu finden, muß doch der Versuch einer Beeinflussung des Lehrpersonals an den Allgemeinbildenden Höheren Schulen entschieden zurückgewiesen werden.

- 2 -

Die unterfertigten Abgeordneten richten daher an den Bundesminister für Unterricht und Kunst die nachfolgende

A n f r a g e :

- 1.) Haben südafrikanische Dienststellen in letzter Zeit ihre Propagandatätigkeit in Richtung auf österreichisches Lehrpersonal fortgesetzt?
- 2.) Wurde hinsichtlich der Verbreitung solchen Propagandamaterials das Einvernehmen mit den zuständigen Behörden, insbesondere dem Bundesministerium für Unterricht und Kunst gesucht?
- 3.) Sind Sie bereit, im Sinne des bereits am 13. Juli 1977 unter Zahl 10.017/3-190/77 ergangenen Erlasses Ihres Amtsvorgängers, Bundeskanzler Dr. Sinowatz, die zuständigen Schulbehörden auf Art und Inhalt dieser Informationskampagnen hinzuweisen und in diesem Zusammenhang auf die Grundsätze hinzuweisen, die Österreich, nicht zuletzt im Rahmen der Vereinten Nationen, hinsichtlich der Rassendiskriminierungspolitik vertritt?